

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher  
Lagerleiter  
Herrn R. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1880.  
Zirkular:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 140.

Freitag, 17. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis- und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Erklärungen des Reichskanzlers in Lausanne.

### Die Verbände am Scheidewege.

#### Zur politischen Notverordnung der Reichsregierung.

Die neue politische Notverordnung der Reichsregierung ist ein unter Schmerzen geborenes Kind. Ihrem Erlaß sind, wie offen zugegeben wird, scharfe Auseinandersetzungen mit den Verbänden vorhergegangen. Auch nach ihrer Veröffentlichung ist noch manches an ihrer Durchführung ungewiß. Die Länder- und Ortspolizeibehörden haben die Möglichkeit, von sich aus scharfe Änderungen vorzunehmen. In Preußen bleibt die Demonstrationen verboten unter offenem Himmel aufrecht erhalten. In Bayern ist nach wie vor das öffentliche Tragen der SA-Uniformen verboten. Auch die Bestimmungen und Durchführungsbestimmungen selbst sind vielfach dehnbar und bedürfen zum Teil noch genauerer Auslegung. Trotzdem ist kein Zweifel daran, daß die politische Notverordnung weit weniger Kritik trifft als die wirtschaftliche und finanzielle. Grund dafür ist vor allem der Brief des Reichspräsidenten, der durch sein klares und festes Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der Ordnung starken Eindruck in allen Parteilagern machte. Man darf aber auch nicht verschweigen, daß der neue Reichsinnenminister durch die nüchternen und ruhigen Art seines Auftretens manchen Gegner der Reichsregierung entwarf hat. Es ist eine gewaltige innerpolitische Probe, vor die in den nächsten Tagen und Wochen das deutsche Volk gestellt wird. Es ist aber nicht hundertprozentig sicher, daß sie fehlschlagen muß. Kommt es zu Zusammenstößen, Ausschreitungen und Explosionen, so trifft sicher die Reichsregierung nur ein Teil der Verantwortung. Die Hauptverantwortung tragen in den nächsten Wochen die Verbände. Sie können beweisen, wie stark die Furcht und Ordnung in den eigenen Reihen ist und wo die eigentlichen Störkräfte des legalen politischen Kampfes zu finden sind.

Man stößt in diesen Tagen viel über die militärische Organisation, über die Uniformfrage und die Kommissariatsangelegenheiten der Verbände. Dieser Spott ist töricht, er geht zu einem guten Teile fehl. Wer auf die SA schimpft, vergißt leicht, daß auch im Reichsbanner, im Stahlhelm und anderen Lagern militärische Umgangsformen durchaus zu Hause sind. Es kommt nicht darauf an, der jungen Generation, die sich nach der eigentümlichen Mischung von Furcht und individueller Aufopferung für eine Idee lehnt, die Freude daran zu vergällen. Hauptsache bleibt nur, daß von diesen Formen des Zusammenstehens, von den Verbänden, ihren Führern und Unterführern die Gefahr der Abirring in Hohnheit und Gewalttätigkeiten fern gehalten wird. Wir wünschen nicht eine Wiederkehr des schon in Vorkriegszeiten scharf bekämpften „Kadavergehörns“. Wir wünschen aber auch keine Wiederkehr der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Feme, geschweige der Hemmorde. Was not tut, ist allein eine wirkliche Organisationsreform für die jungen, zum größten Teil ohne Arbeit befindlichen Menschen, mag sie nun SA, SS, Stahlhelm, Kreuzkammer oder Reichsbanner heißen. Freilich muß die Organisationsform so geartet sein, daß sie den Mißbrauch für irgend welche engen Parteizwecke ausschließt, daß sie die Bildung einer nationalen Bewegung, aber nicht einer Bewegung gegen die Gesamtheit der Nation erlaubt.

In der neuen Notverordnung wird diesem Geist besonders durch die rücksichtslose Abgabe an jede Art von Hohnheitserregung Rechnung getragen. Die bisherigen Strafbestimmungen sind wesentlich verschärft worden. Der Reichsinnenminister hat auch kein Hehl daraus gemacht, daß er sich persönlich gegen jede zu weit gehende Annesie einzelner Länderregierungen einsetzen würde. Man kann schon heute sagen, daß diese Einstellung der Reichsregierung ganz allgemein begrüßt wird. Es schadet durchaus nichts, daß auf die zum Teil vom Freudentaumel erhitzen Gemüter unserer allzu jugendlichen Stürmer etwas kühlendes Wasser gegossen wird. Die zukünftige Entwicklung in Deutschland bedarf ganz gewiß der Bewegung der Jünglingsjahre, aber nicht derart, daß diese uns vor-machen sollen, wie man besser reagiert — dazu fehlt noch viel! Sondern allein in dem Sinne, daß auch die Jugend, mehr als es bisher der Fall war, an den Staat heran-gelassen wird und als Rückhalt für den schweren außen-politischen Kampf und für die Umbau- und Organisations-maßnahmen der führenden deutschen Männer zu dienen vermag.

Die Präsidialregierung von Vapen, die im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten diesen Weg verfolgen will, hat damit eine schwere Aufgabe übernommen, die nicht unterschätzt, aber auch nicht unnützlich verlästert werden soll. Bei der letzten wirtschaftlichen Notverordnung konnte man Zweifel hegen, ob dieser Weg rein durchgehalten wird. Bei der politischen Notverordnung melden sich diese Zweifel schwächer. Worauf es jetzt ankommt, wird schon in wenigen Tagen aus dem Verlauf der Lausanner Konferenz zu ersehen sein. Wir wollen hoffen, daß die Konsequenzen von Lausanne den innerpolitischen Konsequenzen einer wirklich überparteilich amtierenden deutschen Reichsregierung nicht widersprechen. Es wird höchste Zeit, daß wir das bloße Rins- und Schuldenzahlen auf allen Gebieten zum Abbruch bringen.

## Gemeinsamer Entschließungsentwurf in Lausanne.

### Vorläufige Einstellung der Tributzahlungen?

Lausanne. (Funkpruch.) Reichskanzler von Vapen sprach heute vormittag in der geschlossenen Vollversammlung der Konferenz als erster. Einleitend ging er kurz auf die gestrigen Ausführungen MacDonaldis ein, um festzustellen, daß es sich nicht um ein juristisches Problem handele, da die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet seien und von niemandem abgelehnt würden. Es handele sich vielmehr um die heute gegebenen Tatsachen, aus denen die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Reichskanzler ein grobangelegtes Bild der Wirtschaftslage, wobei er zeigte, wie die Weltwirtschaft seit der Schaffung des Youngplans im Jahre 1929 sich gewandelt hat und aus Optimismus zu Pessimismus und Verzweiflung übergegangen ist. Die Arbeitslosigkeit, die Einstellung von Zahlungen einzelner Staaten nach dem Auslande, das Absterben des Kapital- und Kreditverkehrs, die Gewichtsverschiebung der Schulden infolge der Steigerung des Goldwertes und des Fallens der Warenpreise — alle diese Erscheinungen zeigten, daß eine Neuordnung der Schuldverhältnisse unvermeidlich wird.

Im weiteren entwickelte der Reichskanzler den Zusammenhang zwischen politischer Verschuldung, Goldverteilung und Güterausgleich. Er zeigte den Zusammenhang zwischen Handelsbilanz und Goldverteilung, gab ein Bild der jetzigen Kreditkrise, die die Weltkrise des Güterausgleichs überdeckt, und betonte, daß in wirtschaftswidrigen Zahlungen die Hauptursache liegt.

Im zweiten Teil seiner Darlegungen behandelte der Reichskanzler besonders die

### Lage in Deutschland.

Er wies daraufhin, daß der Beratende Sonderausschuß bereits im vorigen Dezember die damalige Steuerbelastung Deutschlands als das Maximum bezeichnet habe, daß man aber trotzdem jetzt noch neue Steuern habe ausstreuen müssen, um den Betrieb des Staates überhaupt aufrecht zu erhalten. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Radikalisierung und Schrumpfung des Devisenaufkommens, das immer weniger den Zinsen und Tilgungsabläufen auch nur für die private Auslandsverschuldung aufbringen kann, seien Symptome dieser Entwicklung.

Zu den Einzelheiten des Reparationsproblems übergehend, wies der Reichskanzler daraufhin, daß man die Atempause nicht genützt habe, die Präsident Hoover vor einem Jahr mit seinem Plan bezweckte, daß ebenfalls die verschiedenen Empfehlungen der Sachverständigen berücksichtigt worden seien. Die deutsche Auslandsverschuldung beruhe zum großen Teil auf der Substanzübertragung infolge der Reparationsleistungen: Mehr als 10 von den 18 Milliarden Auslandsanleihen seit der Stabilisierung Deutschlands seien durch die Ranzahlungen für Reparationszwecke wieder ins Ausland zurückgefließen. Besonders unterstrich der Reichskanzler dabei, daß man die deutschen Leistungen nicht nach dem Ertragswert, sondern nach dem wirklichen Wert berechnen müsse. Das heißt, in der Tatsache, daß die unwirtschaftliche Verwendung der für den Bestehen kostspieligen Bergaben gewaltige Zahlungsdifferenzen schaffe, liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationsproblems. Eine Berechnung nach ihrem wirklichen Wert bringe die Reparationsleistungen auf unvorstellbar große Zahlen.

Der Reichskanzler widerlegte dann die Auffassung, als würde eine Befreiung Deutschlands von seinen Schulden seine Konkurrenzfähigkeit übermäßig gestalten. Die Inflation habe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschwächt und nicht gestärkt. Allein schon durch die abnorm hohen Zinsen. Der Staatshaushalt mit seinen hohen sozialen Anwendungen sei bedingt durch die Notwendigkeit, völlige Verelendung und politische Gefahren zu vermeiden.

Zum Schluß kennzeichnete der Reichskanzler die bisherige Geschichte der Reparationen als eine Reihe von Momenten, bei denen jedesmal ein Maximum an Leistungen Deutschland auferlegt worden sei. Die Rückwirkungen dieses Verfahrens seien jetzt handgreiflich geworden:

Die Reparationsleistungen haben sich als unendlich und als schädlich erwiesen, und die Erfahrungen schließen die Möglichkeit neuer Experimente dieser Art aus, die den gleichen Mißerfolg haben müßten. Die Befreiung ist von einer Entlastung der Weltwirtschaft von solchen Störungen durch wirtschaftswidrige politische Zahlungen abhängig. Die Reparationen, die ursprünglich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, bauen nicht auf, sondern zerstören ihrerseits.

Es handelt sich nun um eine Arbeit, die den Blick auf die Zukunft richtet. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempause, der Verzögerungen, ist endgültig vorüber. Es muß ganze Arbeit geleistet werden. Der Kanzler schloß mit dem Ausdruck der Erwartung, daß diese Konferenz aus dem ver-

hängnisvollen Kreislauf der Vergangenheit endgültig herauskomme und den Weg zur positiven Zusammenarbeit freimache, die uns allein einer besseren Zukunft entgegenführen könne.

## Bedeutungsvolle Erklärung der Gläubigermächte.

Lausanne. (Funkpruch.) Die heutige Plenarsitzung begann nicht, wie erwartet, als eine vertrauliche, sondern als öffentliche. Der Vorsitzende MacDonaldis verlas zunächst eine Erklärung, die von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans unter dem gestrigen Datum gezeichnet ist.

Die Erklärung lautet: Tief durchdrungen von der wachsenden Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen und von der Dringlichkeit des Problems, daß der Konferenz von Lausanne zu prüfen angesetzt ist, ist fest überzeugt davon, daß dieses Problem eine endgültige und präzise Lösung erfordert, die auf die Befreiung der Weltwirtschaft in Europa hinwirkt, und daß diese Lösung ohne Verzug und ohne Unterbrechung gesucht werden muß, um im Rahmen eines Weltabkommens verwirklicht zu werden, und im Hinblick darauf, daß gewisse Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen am kommenden 1. Juli fällig werden, sind die unterzeichneten Regierungen der Ansicht, daß ohne Präjudiz für Lösungen, die späterhin gefunden werden können, zwecks ununterbrochener Verfolgung der Konferenzarbeit die Auslieferung der Zahlungen, die den an der Konferenz teilnehmenden Regierungen als Reparations- oder Kriegsschulden aufstehen, für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden soll, während die Konferenz nach dem Willen der unterzeichneten Regierungen ihre Arbeit in kürzest möglicher Frist vollenden soll.

Es besteht Einverständnis darüber, daß der Dienst der auf dem Markt befindlichen Anleihen von diesem Beschluß nicht getroffen wird.

Die unterzeichneten Regierungen erklären, daß sie zu ihrem Teil sind, entsprechend dieser Vereinbarung zu handeln und die übrigen Gläubiger-Regierungen, die an der Konferenz teilnehmen, einladen, die gleiche Haltung einzunehmen.

### Erwiderung des Reichskanzlers.

Auf die von MacDonaldis verlesene Erklärung erwiderte Reichskanzler von Vapen mit folgenden Worten:

Ich habe von der Erklärung, die der Herr Präsident soeben verlesen hat, mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der sie nach ihrem Wortlaut (und den erläuternden Bemerkungen des Herrn Präsidenten) entsprechen, voll zu würdigen. Ich begrüße diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des besten Willens der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern, und diejenigen unzulässigen und endgültigen Entschlüsse, die die heutige Lage fordert, zu lassen.

Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den Mächten, die wir hier vertreten, ja, von der gesamten Weltöffentlichkeit, in dem gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnung enttäuscht würde.

## Die allgemeine Aussprache in Lausanne.

### Rede Herriots.

Lausanne. (Funkpruch.) In der vertraulichen Sitzung der Konferenz ergriff nach dem Reichskanzler der französische Ministerpräsident Herriot das Wort. Er erklärte, er sei mit größtem Interesse den Darlegungen des Reichskanzlers gefolgt und könne feststellen, daß die französische Delegation, wenn sie auch die engumrissene Aufgabe habe, die ihr anvertrauten Interessen zu verteidigen, doch nicht gleichgültig gegenüber den Schwierigkeiten anderer Mächte sein könne. Er betonte, daß man hier für das allgemeine Wohl und für den gemeinsamen Frieden arbeite. Der Voller Bericht, so fuhr Herriot fort, ist die Grundlage und die Richtschnur der Konferenzarbeiten. Wir nehmen also vorbehaltlos seine ersten Schlussfolgerungen an, wonach die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrem Umfang jene verhältnismäßig kurze Depression übersteigt, mit der der Youngplan aufgestellt ist. Auch machte er die Feststellung, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in erheblichem Maße der Grund der Kreditverknüpfung sind, die in der Welt herrscht und daß sie eine gemeinsame Aktion nötig macht, die nur die Regierungen unternehmen können. Wir trennen uns, daß die Lausanner Konferenz schon den unbestreitbaren Grundlag anerkannt hat, wonach eine europäische